

24. November 2021

Postulat

der SVP-Fraktion

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er einen Finanz- und Aufgabenplan (FAP) vorlegen kann, der keine Aufwandüberschüsse vorsieht in den Planjahren. Alle Departemente sollen aufgefordert werden, eine Leistungsüberprüfung vorzunehmen und ihre Aufgaben zu priorisieren; daraus soll eine Verzichtsplanning bei den Aufgaben und eine zeitliche Staffelung der Investitionen erfolgen. Diese Leistungsüberprüfung soll eine Überprüfung der Stellenwerte in der Stadtverwaltung inkludieren. Stellen, welche für nicht prioritäre Aufgaben geschaffen wurden, sollen reduziert werden.

Bei der überarbeiteten Finanzplanung sollen insbesondere folgende der Bereiche angegangen werden:

1. Kinderbetreuung: Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, eine Betreuungsquote in der Tageschule anzustreben, welcher der finanziellen Restriktion der Vermeidung von Aufwandüberschüssen Rechnung trägt.
2. Wohnen: Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er seine Investitionen in das sog. «Drittelsziel» so zeitlich staffeln kann, so dass ein Selbstfinanzierungsgrad von 100 % in allen Planjahren erreicht wird.
3. Klimaziele/Netto-Null: Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er seine Investitionen im Zusammenhang mit dem Klimaziel Netto-Null bis 2040 anpassen und zeitlich staffeln kann, so dass ein Selbstfinanzierungsgrad von 100 % in allen Planjahren erreicht wird.
4. Tempo 30 flächendeckend: Der Stadtrat wird aufgefordert, auf Tempo 30 flächendeckend zu verzichten, um einerseits die jährlichen wiederkehrenden Mehrkosten bei der VBZ, wie auch die damit verbundenen Investitionen zu vermeiden.
5. Der Stadtrat wird aufgefordert, auf alle Projekte zu verzichten, die mit übergeordnetem Recht nicht vereinbar sind.

Begründung:

Der Stadtrat hat ein Budget 2022 mit einem Aufwandüberschuss von 173 Millionen Franken vorgelegt (inkl. Novemberbrief). Die Planjahre sehen Aufwandüberschüsse von 194,8 Millionen Franken (2023), 184,2 Millionen Franken (2024) und 218,0 Millionen Franken (2025) vor. Die Stadt lebt von ihrer Substanz und baut sie in hohem Tempo ab. Gleichzeitig sinkt der Selbstfinanzierungsgrad in den Planjahren auf 30 % oder gar unter 30 %. Damit steigt die Verschuldung rasant an, denn ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 100 Prozent führt zu einer Neuverschuldung. Werden keine Massnahmen ergriffen, können die Defizitspirale und der Schuldenzuwachs nur noch mit einer Steuerfusserhöhung aufgefangen werden. Eine Steuerfusserhöhung ist zu vermeiden, da eine solche den Steuerzahler noch mehr belastet und den Wirtschaftsstandort Zürich nachhaltig schädigt.

Begleitpostulat zum FAP.

